



Kiel, 16. Januar 2014

Nr. 013 /2014

Birte Pauls:

## Schluss mit der Fremdbestimmung in der Pflege!

*Zur heutigen Pressekonferenz des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (BpA) erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:*

Die Pflege leidet massiv darunter, dass ihre Qualität von dritter Seite bestimmt wird – unter anderem von Betriebswirten, die mit finanziellen Begründungen bestimmen, was angeblich gute Pflege ist. Die fachliche Seite und die Bedürfnisse der Patienten kommen zu kurz. Außerdem leidet die Pflege unter einer von Misstrauen geprägten Kontrollstruktur. Das frustriert die Pflegenden dauerhaft. Hier soll die Pflegekammer ansetzen: Sie wird sich intensiv mit fachlichen Inhalten beschäftigen. Aber ausschließlich die Mitglieder der Kammer, also die Pflegekräfte selbst, werden Inhalte und Arbeitsweise und auch die Kosten der Kammer festlegen. Dazu gehören auch Regelungen zur Fort- und Weiterbildung. Wer, wenn nicht die Pflege selbst, kann die Qualität wohl auch am besten definieren! Das schafft auch mehr Arbeitszufriedenheit. Ich kann der Pflege nur empfehlen, sich endlich zusammen zu tun und mit einer Stimme gegenüber Politik und Gesellschaft zu sprechen.

Die Vertreter des BpA, zumeist selbst Arbeitgeber, versuchen verzweifelt, die Selbstbestimmung und -verantwortung für die Pflege, die mit 1,2 Millionen Beschäftigten die größte Gruppe im Gesundheitswesen ist, zu verhindern und diese künstlich klein zu halten. Wenn sie Probleme in der Altenpflege beklagen, kann ich nur sagen: Auch Arbeitgeber haben eine Verantwortung gegenüber den Pflegenden Sie haben es selbst in der Hand, viele Arbeitsbedingungen zu

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

verbessern! Außerdem braucht die Pflege starke Gewerkschaften für die Umsetzung von Tarifverhandlungen.

Der BpA hat bei seinen abhängig Beschäftigten eine eigene Befragung zur Pflegekammer gemacht, die sich durch reine Suggestivfragen auszeichnete. Immerhin müssen die BpA-Vertreter die korrekte Ausführung der Umfrage, die das Sozialministerium in Auftrag gegeben hat, einräumen. Für ihre Interpretation der Ergebnisse gilt: Wer diese nicht richtig lesen will, wird sie auch nicht verstehen. Fakt ist: Nur 24 % der Befragten haben sich klar gegen die Einrichtung einer Pflegekammer ausgesprochen.